

liberal central
mitgliederzeitschrift des fdp-bezirksverbandes
berlin-mitte
ausgabe november 2007



Herausgeber, V.i.S.d.P

Henner Schmidt
Vorsitzender des FDP-Be-
zirksverbandes Berlin-Mitte
Französische Straße 8
10117 Berlin

liberalcentral@fdp-mitte.de

Distribution

700 Stück digital (.pdf)
200 Stück Print

Chefredakteur

Nils Augustin
augustin@liberal-central.de

Redakteure/Autoren

Nils Augustin, Anno
Blissenbach, Jan Valentin
Deichsel, Maren Jasper,
Volker Jürgensen, Kurt M.
Lehner, Markus Löning,
Peter Lundkowski, Katja v.
Maur, Peter Pawlowski,
Frauke Sander, Henner
Schmidt, Stefan Scholz,
Tim Stuchtey

Autoren dieser Ausgabe

Helmut Abrell, Martin
Liebig, Susanne Liermann,
Peter Lundkowski, Holger
Sieg, Alexandra Thein,
Albert Weingartner

Leserbriefe

...

FDP in Mitte im Internet

www.fdp-mitte.de
www.fdp-fraktion-mitte.de
www.liberal-central.de
www.fdp-friedrichstadt.de
www.fdp-ot.de
www.fdp-tiergarten.de
www.fdp-wedding.de
www.fdp-wilhelmstadt.de

Bankverbindung

FDP Mitte
Konto 0653 386 104
Postbank Berlin
BLZ 100 100 10

Textbeiträge mit Namens-
zeichen geben die Meinung
nur ihres Autors wieder,
nicht die der Redaktion.

liberal central
mitgliederzeitschrift des fdp-bezirksverbandes
berlin-mitte

ausgabe november 2007

www.liberal-central.de

Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde in Berlin-Mitte,

erfreulich quirlig und aktiv zeigt sich der organisierte Liberalismus in Berlin und nicht zuletzt im Bezirk Mitte im Herbst, kaum eine Woche verging ohne pralle Terminkalender. Und das ist gut so.

Denn die liberale Stimme wird dieser Tage einmal mehr dringend gebraucht. Der Bundesaußenminister lässt weiterhin keinerlei Dis-
tanz zu Art und Weise seiner Beteiligung am „Krieg gegen den Terror“ erkennen, der Bundesinnenminister möchte partout den Daten-Sammel-Rekord von Altmeister Erich Mielke brechen, und im Land Berlin dürfte ohne das freiheitliche Wirken unserer AGH -Fraktion vermutlich demnächst das Atmen auf öffentlichem Straßenland genehmigungspflichtig und Miniröcke wegen des statistisch messbaren Gesundheitsrisikos für ältere Betrachter (Herzinfarkt) gänzlich verboten werden.

Im Übrigen liegen anderthalb Jahre ohne wesentliche innerpartei-
liche Personalentscheidungen hinter uns, allmählich aber werfen, auch in der Presse, die kommenden Wahlen zum Landesvorstand im April 2008 und die Aufstellung der Kandidatenliste zur näch-
sten Bundestagswahl (spätestens in 2009, wenn die schwarz-rote
Kuriositätenkoalition so lange durchhält) ihre Schatten voraus.

Unser BV Mitte hat zu Personalentscheidungen auf Landesebene
regelmäßig zwei wertvolle Beiträge geleistet: Er hat (1) gegebe-
nenfalls selbst für das betreffende Amt vorzüglich qualifizierte
Kandidaten aufgestellt, und er hat (2) in jedem Fall und stets dar-
auf hingewirkt, dass Personaldebatten in einer fairen und sachli-
chen Art und Weise gestaltet sein mögen, welche unserer Partei
nützen und nicht schaden soll.

Dankenswerter Weise weisen sowohl unser Bezirksvorsitzender
Henner Schmidt wie auch Gast-Kommentatorin Alexandra Thein
in dieser Ausgabe nochmals auf diesen letztgenannten Aspekt hin,
alle Personaldebatten menschlich anständig und politisch klug im
Sinne unserer liberalen Sache zu gestalten. Mögen wir dies stets in
Erinnerung behalten, dann wird die Zukunft der Partei der Frei-
heit reich an Erfolgen sein.

Mit liberalen Grüßen, Nils Augustin

Diese Regierung wertet es schon als Erfolg,
wenn eine Koalitionsrunde ohne Verletzte und
gewaltfrei auseinandergeht.

Guido Westerwelle

Lagebericht des Vorsitzenden

Die FDP bestimmt ihre Position

von *Henner Schmidt*

In den vergangenen Wochen konnte man in der Berliner Presse lesen, dass wir mindestens zwei Kandidaten für die Wahl zum Vorsitzenden unseres Landesverbandes im kommenden Jahr erwarten dürfen. In unserem Bezirksverband wird LC ein Forum für entsprechende Diskussionen bieten, einen Anfang macht in dieser Ausgabe Alexandra Thein mit dem Gast-Kommentar aus ihrer Sicht. Unser Bezirksverband plant, die Kandidaten, die sich bis dahin erklärt haben, zu einer Vorstellungs- und Diskussionsveranstaltung einzuladen, damit alle Mitglieder sich selbst einen Eindruck verschaffen können.



Es ist richtig, öffentlich zu diskutieren. Nur so können die meisten unserer Mitglieder die Argumente verfolgen. So kann verhindert werden, dass wesentliche Fragen ausschließlich von einigen wenigen Parteifunktionären entschieden werden. Natürlich nimmt dann auch die Presse Anteil. Wir sind ja eine politische Partei, die gestalten will. Was wir wollen und wohin die FDP geht, interessiert deshalb eine breite Öffentlichkeit. Wenn die Diskussion fair geführt wird, haben wir alle etwas davon, dass die FDP für die Presse interessant ist.

Eine Diskussion ist auch notwendig: Alle zwei Jahre ist Zeit, ein Resümee zu ziehen, Verbesserungen vorzuschlagen und den politischen Kurs graduell zu korrigieren. Auch die Landesvorstandsmitglieder müssen sich wichtigen Fragen stellen: Wie soll sich die Partei inhaltlich positionieren? Welche Angebote machen wir an die Bürger? Wie kommt mehr Geld in die Kasse? Wie organisieren wir uns am besten? Wer gewählt werden will, muss darauf Antworten haben.

Bei aller Liebe zum Kuscheligen: Eine politische Partei ist nicht dazu da, sich selbst solange zu moderieren, bis alle Mitglieder glücklich sind, sondern dafür, den Bürgern klare Alternativen anzubieten und zu versuchen, von den Wählern ein Mandat zu erhalten, um es in Regierungshandeln zum Wohle der Bürger umzusetzen. Auch das muss alle zwei Jahre wieder in Erinnerung gerufen werden.

Die FDP hat gute Chancen, in Berlin mit ihrer Position sichtbar zu sein. Berlin braucht starke Liberale, denn wir erleben derzeit, dass mit gut gemeinten Absichten in kleinste persönliche Entscheidungen hineinregiert wird: Es gibt nun die wirkungslose und überbürokratische „Umwelt“-Zone, das radikale flächendeckende Rauchverbot, das Verbot von Heizpilzen in der Außengastronomie und vieles mehr. Dahinter steht die Idee, dass man die Menschen zu ihrem eigenen Guten zwingen und vor sich selbst schützen muss. Auch aus lauter Güte werden jetzt viele Lottoannahmestellen geschlossen, da sie ja der Spielsucht Vorschub leisten.

Mit der großen Lust, alles im Detail vorzuschreiben oder zu verbieten, geht jede Verhältnismäßigkeit verloren. Die Bürger werden immer weiter entmündigt. Wer alles bis ins letzte vorschreibt, bildet Menschen heran, die bald darauf angewiesen sind, sich etwas vorschreiben zu lassen und die sich passiv den Vorgaben „von oben“ unterwerfen. Das Gute und Richtige wird entwertet, wenn es durch Zwang erzeugt wird. Pfiffige neue Ideen werden abgewürgt, wenn die Staatsbürokratie alles im Detail vorgibt. Die Bereitschaft zum persönlichen Engagement geht verloren, wenn der Große Bruder alles regelt.

Wir Liberalen setzen stattdessen darauf, dass die Menschen im Grunde vernünftig sind und verantwortlich handeln. Wir haben ein ausgesprochen positives Menschenbild. Die Verantwortung für das eigene umweltschädliche oder gesundheitsschädliche Verhalten hat aus liberaler Sicht erst einmal jeder für sich selbst. Dadurch eröffnen sich große Chancen: Wenn man den Bürgern die Freiheit gibt, eigenverantwortlich zu handeln, können sie ihre Verantwortung wahrnehmen und sich engagieren. Sie können neue Ideen entwickeln und zusammen mit anderen ihr Leben und das ihrer Nachbarn lebenswerter machen. Sie können sich selbst um die Schwachen kümmern, statt diese in die Fürsorge staatlicher Institutionen abzuschieben. Sie können eine funktionierende Bürgergesellschaft aufbauen und den Staat in vielen Bereichen überflüssig machen.

Ich wünsche mir, dass wir Liberale mit unserem Einsatz gegen Verbote und für die Eigenverantwortung der Bürger Zeichen setzen können und dabei helfen, in Berlin eine lebendige Bürgergesellschaft zu entwickeln. Ich hoffe, dass auch der neue Landesvorstand das so sehen wird.

*Henner Schmidt MdB (OV Gendarmenmarkt),
Vorsitzender des FDP-Bezirksverbandes Mitte*

Kommentar aus Mitte

Parkraumbewirtschaftung

von *Martin Liebig*

Die Bezirksverordnetenversammlung Mitte hat mit den Stimmen von SPD, Linken und Grünen beschlossen, die Parkraumbewirtschaftung im Bezirk Mitte ab April 2008 auszuweiten. Im Einzelnen geht es um das Parlaments- und Regierungsviertel links und rechts der Luisenstraße, die Gegend um den Hauptbahnhof sowie die Rosenthaler Vorstadt zwischen Bernauer Straße und Torstraße, Chaussee- und Schwedter Straße.

Im Laufe dieses Novembers finden dazu drei Informationsveranstaltungen des Bezirksamtes statt. Anders als in Charlottenburg-Wilmersdorf, wo eine Bürgerinitiative geplante Parkzonen vor kurzem per Volksentscheid stoppte, hat sich in Mitte bislang kein organisierter Widerstand formiert. Woran liegt das?

Zunächst einmal, was ist Parkraumbewirtschaftung? - Parkraumbewirtschaftung meint gebührenpflichtiges Parken im öffentlichen Straßenraum.

Wer ist für die Parkraumbewirtschaftung zuständig? – 1. der Senat: Er formuliert die verkehrspolitischen Ziele und erlässt die Parkgebührenordnung; 2. die Bezirke: Sie entscheiden, ob Parkraum bewirtschaftet wird und wo Parkzonen eingerichtet werden.

Wann ist Parkraumbewirtschaftung zulässig? – Nach § 6a Straßenverkehrsgesetz können für das Parken auf öffentlichen Wegen und Plätzen Gebühren erhoben werden. Parkraumbewirtschaftung beruht damit auf dem Straßenverkehrsrecht und muss mit verkehrsbezogenen Argumenten begründet werden und ist nur dort möglich, wo z. B. ein hoher Parkdruck herrscht und wo verschiedene Nutzergruppen wie Anwohner, Beschäftigte, Geschäftskunden, Lieferanten um die wenigen freien Stellplätze konkurrieren.

Fakt ist, dass in vielen Bereichen von Berlin Mitte die Nachfrage nach Parkplätzen größer ist als das Angebot. Die Folge ist „Parksuchverkehr“, der Zeit und Nerven kostet und zu mehr Lärm und Abgasen führt. In diesem Zusam-

menhang ist zu beachten, dass es vor allem Berufseinpender sind, die die knappen Stellplätze über den ganzen Tag hinweg blockieren.

Mit der Parkraumbewirtschaftung aber kommt die Gebührenpflicht, die vor allem diese Berufseinpender dazu bewegen soll, auf den Öffentlichen Nahverkehr umzusteigen. Gelingt dies, nimmt in der Folge der Parkdruck und der Parksuchverkehr ab und die Parkchancen für Anwohner, Kunden und Besucher steigen.

Untersuchungen zeigen, dass nach Einrichtung von Parkzonen eine Verbesserung sowohl für Bewohner als auch für Gewerbetreibende eintritt. Parkzonen sorgen nämlich nicht für geringere Besucherzahlen in Läden und Lokalen. Im Gegenteil: Handel und Gastronomie können sogar gestärkt werden, weil sich die Parkchancen für ihre Kunden verbessern. Dies dürfte auch ein wesentlicher Grund für die überwiegende Zustimmung von Gewerbetreibenden sein. Und seien wir doch mal ehrlich! Wird

Ihnen in London oder Paris ein innerstädtischer Parkplatz kostenlos serviert?

Bleibt noch der Vorwurf der „Abzocke“. Da Parkraumbewirtschaftung auf dem Straßenverkehrsrecht beruht ist sie nur zulässig, wenn sich die Verkehrsverhältnisse verbessern (d.h. Parkchancen, Sicherheit, Lärm, Abgase etc.). Ist dies nicht der Fall, hätte eine Parkzone bei einer Klage vor Gericht keine Aussicht auf Erfolg. Gesetzeslage und Rechtsprechung verhindern also reine „Abzocke“. Die Einnahmen fließen nämlich hauptsächlich in den Betrieb und die Überwachung der Bewirtschaftung.

Dennoch, einiges ist im Interesse der Bürger verbesserungswürdig. Ich stelle mir z.B. eine flexible Handhabung der Besuchervignetten vor (Ausgabe von blanko Ein-Tagesvignetten, die ohne vorherigen Behördengang individuell einsetzbar sind) sowie sogenannte „Brötchentasten“ vor Geschäften.

Zum Schluss noch eines: Eine Anwohner-Jahresparkvignette kostet zzt. EUR 30,70 pro Jahr. Das sind im Schnitt gerade einmal 8 Cent pro Tag. Die zahle ich gerne, wenn sich dadurch für mich die Chance erhöht, zu Hause einen Parkplatz zu finden!



Martin Liebig (OV Oranienburger Tor)

Gastkommentar

Lindner vs. Löning ?

von *Alexandra Thein*

In innersten Parteizirkeln schon länger diskutiert, ist das Rennen um das Amt des Landesvorsitzenden jetzt in der Presse eröffnet. Insbesondere Stefan Schulz von der Berliner Morgenpost, der sich für die Berichterstattung u.a. aus meinem Ortsverband Dahlem als Heimatortsverband des Fraktionsvorsitzenden nicht zum ersten Mal aufgeschlossen zeigte, war für seinen Artikel in der Ausgabe vom 01. November wie immer mit vielen zu- und unzutreffenden Insiderinformationen gut versorgt worden.

Es mag dahinstehen, ob es für die Interessenlage des zitierten „führenden Liberalen“ nötig war, gleich den gesamten Landesvorstand zu desavouieren mit offensichtlich nicht gerechtfertigter – gegebenenfalls parteiintern und sachlich zu erörternder – Kritik an dessen Arbeit. Nicht hingenommen werden kann, dass eine Personaldebatte (über eine noch nicht einmal erklärte Kandidatur) mit derartigen Vorwürfen und Untertönen öffentlich über die Presse ausgetragen wird.

Als Mitglied unseres Landesvorstandes kann ich – fraglos auch im Namen aller anderen Landesvorstandesmitglieder – nur alle Funktionsträger der Partei bitten, parteischädigende Auseinandersetzungen in der Medienöffentlichkeit zu unterlassen. Angesichts der Tatsache, dass die nächsten Wahlen zum Landesvorstand erst in fünf Monaten auf dem Parteitag am 11./12. April 2008 stattfinden, und angesichts der bevorstehenden Weihnachtszeit, die auch für Berliner FDP-Parteimitglieder friedvoll sein sollte, ist diese Kandidatendebatte in der Presse nicht nachvollziehbar. Wir sollten die Fehler der Vergangenheit nicht wiederholen und alle Personalentscheidungen, auch die Wahl eines Landesvorsitzenden, als parteiinterne und sachliche Diskussion gestalten.

Bisher haben wir eine Doppelspitze mit zwei grundverschiedenen, sich ergänzenden Politpersönlichkeiten. Hier einen erfolgreichen Fraktionsvorsitzenden, machtbewusst und polarisierend, rhetorisch begabt, dessen wesentlicher

Verdienst es ist, der Partei durch die anvisierte Jamaika-Koalition eine realpolitische Machtperspektive aufgezeigt, sich ins-besondere als Spitzenkandidat bei der letzten Abgeordnetenhauswahl den Wählern in Berlin bekannt gemacht und sich Respekt verschafft zu haben. Dort einen ruhigeren, um Ausgleich und Integration wirkenden Landesvorsitzenden, der es erfolgreich geschafft hat, die zahlreichen Grabenkämpfe innerhalb der Bezirks- und Ortsverbände zu glätten, als gut funktionierendes Team mit der Landeschatzmeisterin durch Ausgabendisziplin die Parteifinanzen in Ordnung zu bringen und die Partei thematisch breiter aufzustellen unter größerer Berücksichtigung sozialer Themen und dem Appell auch an Bauch und Herz des Wählers.

Was könnte unsere Partei von der zusätzlichen Übernahme des Landesvorsitzes durch den Fraktionsvorsitzenden erwarten?

Könnte durch die Vereinigung beider Ämter in der Hand einer Person mehr Durchsetzungs- und Schlagkraft für die kommenden Bundestags- und Abgeordnetenhauswahlen erzielt werden? Könnte der Bekanntheitsgrad beim Wähler durch die zusätzliche Übernahme des Landesvorsitzes gesteigert werden? Welcher Fähigkeiten bedarf es, einen tendenziell eher zerstrittenen Landesverband Berlin, dessen Streitlust der Mitglieder sich erfahrungsgemäß vor und in Wahlzeiten verstärkt, zusammen- und aus der Presse herauszuhalten? Möchte die Partei mit strafferer Hand geführt werden? Könnte ein Fraktionsvorsitzender, der sich zur Wählergewinnung auf Kernthemen fokussieren muss und will, die gesamte Partei in ihrer breiten Meinungsvielfalt von rechtskonservativ- bis linkssozialliberal, alle Parteimitglieder, Männer wie Frauen gleichermaßen, mitnehmen? Blicke uns unser über Jahre aufgebauter Fraktionsvorsitzender auch bei einer Übernahme des Landesvorsitzes als öffentlichkeitswirksame Speerspitze unserer parlamentarischen Arbeit in Berlin erhalten? Oder würde das Amt des Landesvorsitzenden ihn nach 1 ½ Jahren in den Bundestag ziehen und wir müssten einen Nachfolger wieder mühsam aufbauen?



*Alexandra Thein (BV Steglitz-Zehlendorf) ist
Beisitzerin im Landesvorstand der Berliner FDP*

Zum Thema

In der Mitte Kurs halten

von Katja v. Maur

Am 10. November fand in Hannover eine bundesweite Strategie- und Kreisvorsitzendenkonferenz statt. In seiner engagierten Begrüßungsrede machte der charismatische niedersächsische Landes- und Fraktionsvorsitzende im Niedersächsischen Landtag, Dr. Philipp Rösler, deutlich, dass durch den Linksruck aller politischen Mitbewerber, eine unverantwortliche Umverteilungsmaschinerie in Gang gesetzt wird und das Herzstück unserer bürgerlichen Gesellschaft in Stadt und Land, die Mitte, vergessen wird. Daran anschließend appellierte unser Bundes- und Fraktionsvorsitzender im Bundestag, Dr. Guido Westerwelle, in seiner ebenfalls mit großer Begeisterung aufgenommenen Rede, Kurs zu halten und versprach, dass sich die Bürger auf die FDP verlassen können. Mit unseren beiden Konzepten für ein einfaches, transparentes und gerechtes Steuersystem und dem Bürgergeld können nur wir dafür sorgen, dass den wirklich Bedürftigen geholfen wird und sich der Einsatz für die Leistungsbereiten und -fähigen wieder lohnt. Nach einer von MdB Rainer Brüderle spannend moderierten Fragerunde folgte der Auftritt unseres Bundesgeschäftsführers und Berliner Parteifreundes Hans-Jürgen Beerfeltz, der durch eine anschauliche Analyse des für viele eigentlich unerträglich anhaltend mageren Medienechos unserer politischen Arbeit zeigen konnte, dass es auch hier gilt vor allem gelassen zu bleiben und Kurs zu halten, denn was die Medien interessiert, sind innerparteilicher Streit und Kursänderungen. Wir wollen aber kein Aufsehen erregen, sondern weiter an Ansehen bei den Bürgern gewinnen; nur so gewinnt man Wahlen. Das neue Konzept lautet dann auch, mehr direkte Ansprache unserer Mitbürger, persönlich aber auch durch Direkt-Mailing und Postkartenaktionen. MdB Gisela Piltz berichtete aus der AG Großstadtoffensive und nach einer zweiten Fragerunde, von MdB Cornelia Pieper souverän moderiert, die vom Hamburger Spitzenkandidaten für die Bürgerschaftswahl, Hinnerk Fock, mit einem Statement begonnen wurde, endete die Konferenz mit einem zwar kurzem aber wie immer knackigem und pointiertem Schlussplädoyer unseres Generals, Dirk Niebel.



Katja von Maur (OV Tiergarten) ist die Schatzmeisterin des BV Mitte

Zum Thema

Denkmal der Einheit

von Susanne Liermann

Das Jubiläum des Mauerfalls ist in diesem Jahr ohne großes Aufheben vorübergegangen. Das Ende der DDR rückte noch einmal in den Blick; in Erinnerung wurde gerufen, was laut Umfragen immer mehr in dubiosem Halbwissen verschwindet. Der Spiegel fand heraus, dass viele Ostdeutsche dem DDR-Schulsystem nachtrauerten, die FAZ fragte zur Recht, ob der Fahnenappell damit gemeint war. Und dann wurde – eine Diskussion überhaupt erst eröffnend – von der großen Koalition und der FDP die Errichtung eines Einheitsdenkmals beschlossen.



Hoffentlich wird das der Startschuss, um ein mehr und mehr unerträgliches Lavieren, das vielleicht auch den real existierenden Wählern in den neuen Bundesländern geschuldet war, zu beenden. Während ehemalige SED-Politiker fest zum politischen Establishment gehören, verdient die Opferrente ihren Namen nicht.

Dass in der Öffentlichkeit ein leider nicht immer realistisches Bild von der DDR entstehen kann, liegt mit Sicherheit nicht zuletzt an der Vorsicht, mit der das Gedenken politisch betrieben wird. Die geteilte Vergangenheit ist doch eine gemeinsame. Und wer mag eigene Geschichte schon kritisch in den Blick nehmen? Angepackt wird im Zweifel nur das Schöne und Gute.

Der Gestaltung des Denkmals wird überlassen sein, wie und woran sie erinnern will – an das siegreiche Schöne und Gute? Oder doch auch an eine Diktatur inmitten einer weltpolitischen Konstellation, die von einigen Historikern auch Dritter Weltkrieg genannt wird?

In dieser bewusst belassenen Lücke tummeln sich die DDR-Schul-Befürworter und andere DDR-Nostalgiker. Die FDP sollte hier mitreden; sie kann an eine freiheitliche und insbesondere eine außenpolitische Tradition anknüpfen, die sie dafür prädestinieren sollte.

Bei meinem jüngsten Besuch in Budapest war ich überrascht, wie lückenlos und eindrucksvoll die Selbststilisierung der Ungarn zum Volk der stets Unterdrückten von statten gegangen ist. Seither frage ich mich, welchen Eindruck Stelenfeld, Stadtschloss und Einheitsdenkmal in Berlin hinterlassen werden.

Susanne Liermann (OV Wilhelmstadt)

Aus dem Abgeordnetenhaus

Senat beratungsresistent

von *Albert Weingartner*

Die letzten Wochen und inzwischen auch Monate beschäftigt sich das Abgeordnetenhaus intensiv mit den Haushalten für 2008/09. Dieser Doppelhaushalt und die Debatten darüber in den Ausschüssen haben einmal mehr gezeigt; der Senat verfolgt seine starre, beratungsresistente und ideologisch ausgerichtete Politik weiter, nicht nur im Stadtentwicklungsbereich mit seinen diversen Aufgabenfeldern.



So beispielhaft an dem notwendigen Vorhaben des Austausches der alten, anfälligen Berliner Gaslaternen. Das finanziell ordentlich aufwendige Vorhaben soll nach Vorstellung des Senats einmal mehr vollständig aus öffentlichen Mitteln bestritten werden. Eine privatwirtschaftliche Lösung lehnt er auch hier ab. Die Fraktion der FDP schlägt dagegen im Sinne des Wettbewerbs und zum Wohle unserer Stadt die öffentliche Ausschreibung vor. Inhalt der Ausschreibung muss sein, die Lampenlandschaft Berlins innerhalb kürzester Zeit von dem alten wartungsintensiven und Energie fressenden Bestand zu befreien. Die Aufgabe eines nichtöffentlichen Auftragnehmers muss es sein, mit einer Amortisationszeit von 10 bis 15 Jahren und nur mit den bisherigen jährlichen Betriebsmitteln beim Energiebezug und Wartungsaufwand ausgestattet zu bekommen. Bei der Auftragsausführung nach öffentlicher Ausschreibung gäbe es nur Gewinner. Ein privates Unternehmen kann durch einen solchen Auftrag Gewinne generieren und ggf. weitere Arbeitsplätze zur Verfügung stellen. Eine Anwendung des Straßenausbaubeitragsgesetzes könnte für die Anlieger nicht zum tragen kommen, da der öffentlichen Hand keine Kosten für die Umrüstung entstehen, die Haushaltseinsparungen in Höhe von ca. 34 Mio. € für 2008 und 2009 könnten an anderer Stelle intelligenter eingesetzt werden, die Verwaltung wäre entlastet. Darüber hinaus gäbe es sicherlich noch als Sahnehäubchen einen Umweltnutzen, denn ein auf Gewinn orientierter Betrieb wird das Erneuern der Laternen auf modernste Technik und die damit verbundene Energieeinsparung, die er für seine Refinanzierung verbuchen kann, schneller umsetzen, als jede öffentliche Hand.

Albert Weingartner MdA (BV Tempelhof-Schöneberg)

Aus der Landespartei

Zwei Volksbegehren ...

von *Maren Jasper*

... zu unterstützen, wurde auf der jüngsten Landesvorstandssitzung beschlossen: einerseits gegen die Schließung des Flughafens Tempelhof und andererseits das Begehren für das Schulfach Religion/Ethik als Wahlpflichtfach.



Für das Volksbegehren der ICAT gegen die Schließung von Tempelhof, das die erste Hürde von 20.000 Unterschriften schon genommen hat, begann am 15. Oktober die zweite Phase der Abstimmung über das Begehren. Innerhalb von vier Monaten müssen mindestens 7 % der Wahlberechtigten in den Bürgerämtern ihre unterstützende Unterschrift leisten. Wenn bis zum 14. Februar 2008 die Mehrheit der abgegebenen Stimmen für den Erhalt des Flughafens ist, muss der Senat handeln und sich mit einer Änderung des Landesentwicklungsplanes auseinandersetzen. Sollte er sich auch dann noch verweigern, folgt der Volksentscheid, der wie ein Beschluss des Abgeordnetenhauses wirkt. Die FDP Berlin spricht sich schon seit langem für den Erhalt des Flughafens aus. Der Landesvorsitzende wird aus diesem Grund alle Mitglieder mit einem Brief zur Unterstützung des Begehrens aufrufen und anregen, dass jeder einzelne im Friends- und Bekanntenkreis für weitere Stimmen wirbt.

Auch in Sachen Religionsunterricht entspricht das Begehren der Ansicht der Berliner FDP, die sich im Rahmen des Wahlprogramms zur Abgeordnetenhauswahl für den Erhalt des Wahlpflichtfachs ausgesprochen hatte. Der Landesvorstand wirbt auch in dieser Angelegenheit für die Unterstützung des Begehrens um die Wahlfreiheit, insbesondere Religionsunterricht belegen zu können, wiedereingeführt wird.

Beschlossen wurde des Weiteren, dass sich der kommende Landesparteitag am 12. April 2008 mit dem Thema Schulpolitik befassen soll. Äußerst zufrieden zeigte sich der Landesvorstand mit der Veranstaltung zum Klimawandel, die von mir als umweltpolitischer Sprecherin initiiert wurde. Über 60 Teilnehmer hatten Ende Oktober die Möglichkeiten mit dem Chefökonom des Potsdamer Klimafolgenforschungsinstituts, Dr. Edenhofer, ins Gespräch zu kommen.

Dr. Maren Jasper (OV Oranienburger Tor) ist Beisitzerin im Landesvorstand der Berliner FDP

Berichte aus Mitte

Spandauer Vorstadt – to be continued

Peter Pawlowski für die BVV-Fraktion

Wie bereits angekündigt, hat die FDP-Fraktion einen Antrag eingebracht, in dem wir Kriterien für die Genehmigungsverfahren von Baugesuchen in der Spandauer Vorstadt festgelegt haben. Zu unserer großen „Überraschung“ hat die Fraktion der CDU einen Änderungsantrag eingereicht, der nur den ersten Abschnitt unseres Antrages beinhaltet. Dort steht, dass das Bezirksamt verpflichtet sei, eine einheitliche Genehmigungspraxis einzuführen. Nach welchen Kriterien, das stehe der Verwaltung frei zu entscheiden.

Aus der Sicht der FDP geht der CDU-Antrag nicht weit genug. Der Schutz vor der Verwaltungswillkür ist damit nicht gewährleistet. Das wussten natürlich auch die Grünen und die Linken, die den Wischwaschi-Antrag der CDU wie selbstverständlich unterstützt haben. Dieser wurde auch mit deren Stimmen, gegen die FDP und SPD beschlossen. Damit hat die CDU eine einmalige Chance verpasst, den Gewerbetreibenden, Clubbetreibern und Gastronomen eine Rechtsicherheit zu verschaffen und von der verheerenden Politik der grünen Stadträtin Dubrau endlich Abschied zu nehmen.

Es ist umso ärgerlicher, dass gerade die CDU gegen Frau Dubrau und deren Bebauungspläne im Wahlkampf protestiert haben. Auf diese Inkonsequenz werden wir spätestens 2011 die Wähler hinweisen.

Neue Zukunft für das Schultheiss-Areal?

Auf dem Gelände der Schultheiss-Brauerei in Moabit zeichnet sich neue Entwicklung ab. Der bisherige Interessent und potentielle Investor HLG, hat das Areal mit dem denkmalgeschützten Objekt gekauft und will dort ein Einkaufszentrum bauen. Vor allem der Schandfleck an der Ecke Turmstr./Stromstr. Könnte endlich verschwinden, was zu einer Aufwertung der heruntergekommenen Turmstr. führen würde. Die Fraktion der FDP setzt sich mit dem Projekt der HLG intensiv auseinander. Zu klären sind noch einige Fragen des Denkmalschutzes. Grundsätzlich sehen wir jedoch in dieser Investition eine große Chance für Moabit und Tiergarten.

Oktober aktivster Monat

Stefan Scholz für den OV Gendarmenmarkt

Die FDP Gendarmenmarkt zeigte sich im Oktober besonders aktiv. Ganze drei erfolgreiche Veranstaltungen zum Klimawandel, zur Situation der Staatsoper und zur Zukunft des Berliner Landesverbandes standen auf der Tagesordnung der vergangenen Wochen. Besonderes Interesse weckte die Sonderveranstaltung zur Lindenoper, an der neben Mitveranstalter Dr. Kurt Lehner (LFA Kultur und Medien), der kulturpolitische Sprecher der FDP Fraktion, Christoph Meyer MdA, und Hans-Joachim Lorenz als Geschäftsführer des Freundeskreises der Staatsoper das Podium stellten.

Zusätzlich zu dem umfangreichen Veranstaltungsprogramm präsentierte der Ortsverband sein neues in frischem und klarem Design gehaltenes Internetportal. Eine gerade ins Leben gerufene Mitgliederkampagne unter dem Titel „Liberales Stimmen“ soll zudem zeigen, wie attraktiv es ist, eine liberale Grundeinstellung zu vertreten. Mitglieder und Freunde der FDP sind angehalten, dem Ortsverband Statements zukommen zu lassen, warum sie die liberale Sache unterstützen.

Folgen des Klimawandels

Helmut Abrell vom OV OT

haben 60 FDP-Mitglieder am 22.10. auf Einladung des Landesvorsitzenden Löning und der Vorsitzenden des LFA Umwelt, Dr. Jasper (OT) nach Potsdam in das Institut für Klimaforschung gelockt. Als Mitautor der mit dem Friedens-Nobelpreis ausgezeichneten Arbeit des UN-Klimarates hat Dr. Edenhofer, Chefökonom des Institutes, in einem packenden Vortrag ein breites Feld von Wissen und Einsichten in die Zusammenhänge ausgebreitet. Seine Erkenntnis, dass es kein abschließend dogmatisches Wissen gibt und dass die Spezies Mensch für den Klimawandel ursächlich verantwortlich ist, das daraus resultierende Risiko für den Fortbestand der Menschheit beträchtlich ist und Klimaschutz und Wirtschaftswachstum keine gegensätzliche Pole sein dürfen, bedeutet den Versuch, bislang Undenkbares in die Realität umzusetzen: Die Kumulation von Vermögenswerten und die Erhöhung des Bruttosozialproduktes von der parallelen Erhöhung der Produktion von CO² zu entkoppeln. Eine herkulische Aufgabe. Die Zeit ist reif für Taten und für eine Ergänzung der transatlantischen durch eine transpazifische Allianz.

Geheimdienst grenzenlos?

Katja v. Maur vom OV Tiergarten

Zu unserem politischen Brunch am 28. Oktober hatten wir einmal wieder die Ehre, unseren Bundestagsabgeordneten und unermüdlichen Kämpfer für die Freiheit Hellmut Königshaus begrüßen zu dürfen. Er berichtete über Aktuelles aus dem Geheimdienst-Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages und nutzte die Gelegenheit, seine liberale Sicht der im Ausschuss diskutierten Vorgänge im Zusammenhang mit dem Irakkrieg und der Bekämpfung des internationalen Terrorismus zu erläutern. Damit konnten wir nahtlos an die Diskussion anknüpfen, die wir mit Hellmut Königshaus bereits im Sommer 2006 in einer Veranstaltung unseres Ortsverbandes geführt haben. Fazit: Für uns Liberale steht weiterhin die Frage im Mittelpunkt, ob und inwieweit Behörden der Bundesrepublik Deutschland Kenntnis von eventuellen Menschenrechtsverletzungen bzw. von Straftaten hatten, die im Namen der Terrorismusbekämpfung gegen deutsche und andere Staatsbürger begangen worden sein sollen und wie sich die Bundesregierung heute dazu verhält.

Berliner Polizei

Peter Lundkowski vom OV Wedding

Nach einer Zeit des Stillstandes hat der OV Wedding wieder Aktivität entwickelt und eine Veranstaltung über die Situation in der Berliner Polizei organisiert. Leider war die Resonanz der Parteimitglieder aus OV/BV nicht sehr groß, obwohl mit E. Schönberg (Vors. der Berliner Polizeigewerkschaft) und S. Kluckert MdA zwei überzeugende Fachleute als Diskussteilnehmer zur Verfügung standen. Eindringlich haben beide Referenten neue Erkenntnisse vermittelt, diese auch mit statistischen Angaben untermauert, z.B. über die drastischen Folgen der Sparpolitik, über die polizeiliche Verfolgung jugendlicher Intensivtäter, über die Herkunft jugendlicher Täter (ca 80 % mit Migrationshintergrund) und der Opfer (ca 80% ohne). Detailliert erläuterte H. Kluckert die Aktivitäten der Fraktion zum Thema, z.B. die Initiative zur Herabsetzung des Strafmündigkeitsalters, damit Erziehungsmaßnahmen schon früher greifen können. Sehr interessant war der Hinweis auf einen erkennbaren Wandel in der Wahrnehmung dieser Thematik in der Berliner FDP, die sie in der Vergangenheit oft in den Hintergrund drängte, begründet durch fehlende persönliche Betroffenheit der Mitglieder, die selten in Problemkiezen wohnen.

Nachwahl, Wahlvorschau

Anno Blissenbach vom OV Wilhelmstadt

Am 05. Nov. stand die monatliche Mitgliederversammlung ganz im Zeichen der Nachwahlen zum Ortsvorstand. Neu zu besetzen waren zwei Beisitzerposten, weil Thomas Völker auf Grund seines Umzugs nach Hamburg das Amt nicht mehr ausüben konnte sowie weil Anno Blissenbach das Amt gegen eine Kooptierung eintauschte, um dem Ortsverband die Möglichkeit zu geben, aktive Neumitglieder verantwortlich in die Vorstandsarbeit einzubinden. Nach Patt im 1. Wahlgang setzte sich Dr. Christine Kreuzer mit einer Stimme Vorsprung gegen die dem Vorstand kooptierte Susanne Liermann durch, während Arno Schödl ohne Mitbewerber/in gewählt wurde. Somit verfügt der OV-Wilhelmstadt inkl. der Kooptierten über einen 10-köpfigen Vorstand. Anschließend stellte Henner Schmidt MdA, Stv. Fraktions- und BV-Vorsitzender, bestimmte Strukturen des FDP-Landesverbandes sowie des Kandidatur-Prozedere zur 2008 anstehenden Landesvorstandswahl zur Diskussion, welche dann lebhaft geführt wurde.

Ereignisreiche Zeit

Holger Sieg für die JuLis Mitte

Eine ereignisreiche Zeit liegt hinter den Julis in Berlin-Mitte. Wir beteiligten uns an der Besichtigung des Stasi-Gefängnisses in Hohenschönhausen, welche von der FDP Oranienburger Tor organisiert wurde, sowie dem umweltpolitischen Seminar, auf dem u.A. Jürgen Hacker zum Thema Emissionsrecht handel referierte. Auf dem letzten Juli-Landeskongress wurden neben der inhaltlichen Debatte über innere Sicherheit aus Mitte Holger Sieg und David Issmer als Bundeskongressdelegierte gewählt. Juliane Homuth und Christian Lüdtker wurden Ersatzdelegierte. Außerdem wurde Holger Sieg für Berlin-Mitte zum Beisitzer im Landesvorstand nachgewählt. Der Julis-Bundeskongress fand am letzten Wochenende (2.-4.11.) in Köln statt und befasste sich mit dem Thema Außen- und Europapolitik. Als Gastredner waren Hans-Dietrich Genscher sowie Andreas Pinkwart geladen. Ein weiteres Highlight für uns war das alljährlich stattfindende Julis-Mitte-Oktoberfest, welches wir direkt in Friedrichstadt im Q205 feiern konnten. Es waren neben allen Bezirksmitgliedern auch der erweiterte Landesvorstand der Julis eingeladen, was die Feier zu einem bezirksübergreifend schönen Ereignis machte.

Personalien

(au) Der Jahreskongress der European Liberal Democrat and Reform Party (ELDR), welche 51 liberale Parteien aus 30 europäischen Ländern vereint, fand am 18./19.2007 im Maritim Pro Arte Hotel in Berlin statt. Der dänische Premierminister **Anders Fog Rasmussen** forderte insbesondere drei europapolitische Reformanstrengungen, darunter die Abschaffung der Agrarsubventionen, freien Welthandel und speziell einen transatlantischen Marktplatz. Rasmussen hielt zudem ein Plädoyer für die Rede- und Pressefreiheit, kritisierte in diesem Zusammenhang einen Antrag mehrerer islamischer Nationen vor dem UN-Rat für Menschenrechte, in dem diese Gesetze gegen die „Diffamierung von Religion“ fordern; Rede- und Pressefreiheit seien ein unentbehrliches Recht für alle Menschen. Der Finne **Olli Rehn**, EU-Kommissar für Erweiterung, stellte fest, dass der Streit um die Zukunft der EU derzeit durch die Bemühungen Europa „zu erweitern und zu vertiefen“ bestimmt werde. **Emma Bonino**, italienische Ministerin für Außenhandel und Europäische Angelegenheiten, betonte, dass die EU stark dabei geholfen habe, aus einer „Welt von Herrschern eine Welt der Regeln“ zu machen. Sie bezeichnete es als eine Aufgabe der EU, auch für Reformunterstützung auf nationaler Ebene zu sorgen. In ihrem Heimatland gebe es derzeit eine Spaltung zwischen Restauration und Reform. FDP-Partei- und Fraktionschef **Guido Westerwelle** verwies auf die Verantwortung, die auch auf Europa laste. Europa, aus der Globalisierung gewachsen, haben nun auch den „Auftrag, Werte zu globalisieren“. Für diese Mission müsse Europa allerdings „allgemein verständlich“ werden, damit „unsere Völker Europa in ihr Herz schließen“, sagte Westerwelle. **Siim Kallas**, EU-Kommissar für Korruptionsbekämpfung, berichtete von seinen Bemühungen, bis 2008 einen Verhaltenskodex und ein Lobbyisten-Register zu etablieren. Er konnte ferner feststellen, dass eine Zusage von – erfreulicher Weise schon – 13 Mitgliedsstaaten, über die Begünstigten von EU-Mitteln zu informieren, bis 2009 umgesetzt sein würde; ferner forderte er mehr Kooperation zwischen der Kommission und den Mitgliedsstaaten bei der Betrugsbekämpfung. Zum Ende des Kongresses wählte die ELDR den Präsidenten, die Vizepräsidenten und den Schatzmeister neu; als Präsidentin wurde die Belgierin **Annemie Neyts** bestätigt, als einer ihrer Stellvertreter der Berliner FDP-Landesvorsitzende **Markus Löning** MdB, der mit 96 % Zustimmung zugleich das beste Ergebnis aller Gewählten erreichte.

(au) In zwei Nachwahlen zum Vorstand des Ortsverbandes Wilhelmstadt wurden **Christine Kreuzer** und **Arno Schödl** als Beisitzer gewählt.

(au) Auf dem Landeskongress der Jungen Liberalen Berlin am 20.10. wurden bei Nachwahlen zum Landesvorstand der bisherige Beisitzer **Arvid Morawe** als Stellvertretender Landesvorsitzender und der Bezirksvorsitzende der Julis Mitte, **Holger Sieg**, als Beisitzer im Landesvorstand gewählt. Grußworte hielten u.a. der Vorsitzende der Berliner FDP, **Markus Löning** MdB, und der Vorsitzende der FDP-Fraktion im Abgeordnetenhaus, **Martin Lindner** MdB (beide Steglitz-Zehlendorf).

(bli) Erneut zum Bundesvorsitzenden gewählt wurde **Heinrich Kolb** MdB von der Bundesdelegierten-Konferenz der liberalen Vorfeldorganisation ‚Bundesvereinigung Liberaler Mittelstand‘ (BLM) am 02./03.11. in Frankfurt/M. Ebenfalls im Amt bestätigt wurde auf Vorschlag des Bundesvorsitzenden das Berliner Bundesvorstandsmitglied **Anno Blissenbach** (Wilhelmstadt). Positiv wahrgenommen wurde der neu gegründete Landesverband Berlin durch programmatische Anträge aus dessen Reihen wie auch durch zahlreiche Redebeiträge, bei welchen insbesondere **Thomas-Andrew Zenner** (Steglitz-Zehlendorf) durch hohe Fachkompetenz sowie exzellente Rhetorik auffiel. Wegen dessen Verhinderung mussten die Delegierten diesmal auf ihren „geborenen“ Sitzungspräsidenten **Detlev Fricke** (Charlottenburg-Wilmersdorf) verzichten.

(au) Jüngst beschloss das Abgeordnetenhaus das sog. Nichtraucherschutzgesetz, auf Betreiben der FDP-Fraktion in namentlicher Abstimmung. Die Auszählung zog sich lange hin. Anschließend eilte **Kai Gersch** MdB (Spandau) der in der Debatte wacker, aber vergeblich dafür geworben hatte, dass die Gastwirte in freier Selbstbestimmung über Rauchen oder Nichtrauchen entscheiden dürfen sollen, nach draußen vor die Tür, um sich eine Zigarette zu gönnen. Zu seinem Vergnügen traf er dort auf viele Koalitionsabgeordnete, die kurz zuvor für das gesetzliche Rauchverbot gestimmt hatten.

(au) Am 24.10. wurde in der Dresdner Bank am Pariser Platz erstmals der von der stellvertretenden FDP-Bundesvorsitzenden **Cornelia Pieper** (Sachsen-Anhalt) ins Leben gerufene Bürgerinnenpreis „Liberta“ verliehen. Als Preisträgerin ging **Gisela Wild** hervor, der „Liberta“-Ehrenpreis für herausragende Leistungen ging an die Frauen-Fußball-Nationalmannschaft, stellvertretend durch Torhüterin **Nadine Angerer** entgegen genommen.



(au) Anlässlich des 5. Balls des Kapitalismus in Brüssel trafen sich Bezirksvorstandsmitglied **Christina Busch**, der Vorsitzende des Instituts für Unternehmerische Freiheit **Oliver Knipping** und **Axel Bierer** (alle OT), mit dem Ex-Vorsitzenden von OT, **Johannes Winter**. Empfangen wurden die Ballgäste von Demonstranten, welche grölend gegen Kapitalismus und Marktwirtschaft protestierten. Polens Ex-Premier u. Direktor der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE) **Jan Bielecki** wurde als „Capitalist of the Year“ geehrt.

Schlusswort

Endstation Bahnsteig – der Wahnsinn des Lokführerstreiks

von Stefan Scholz

Früh morgens im August, 8.30 Uhr, Hackescher Markt: Menschenmassen warten geschlagene 30

Minuten auf die nächste S-Bahn. Der Autor sinniert in der Zwischenzeit über den gerade losgetretenen Lokführerstreik. Man wird sich in einigen Wochen auf moderate Lohnerhöhungen geeinigt haben. Der Bund wird dafür wahrscheinlich noch ein paar Millionen mehr pro Jahr an Subventionen auf den Tisch legen.

Wir schreiben mittlerweile Anfang November und befinden uns noch immer im Ausnahmezustand, schlimmer noch: jetzt ist der Güterverkehr dran. Wie schön, wieder pünktlich im Büro. Doch bei 50 bis 500 Mio. Euro volkswirtschaftlichen Schaden täglich, wie das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) jüngst berechnete, mag nicht wirklich Freude aufkommen.

Gerade den Güterverkehr wollen wir weg von der Straße auf die Schiene lenken. Viele Unternehmen werden durch das Quasi-DB-Monopol ihre Logistikstrategie jetzt noch einmal überdenken. Auch viele Berufspendler werden sich langfristig neu überlegen, mit welchem Verkehrsmittel sie künftig zur Arbeit fahren.

Die Schiene wird bei beiden wohl kaum die erste Geige spielen. Wie sich eine reduzierte Nachfrage nach Schienentransportleistungen auf den Berufsstand der Lokführer auswirken wird, darüber könnte die Gewerkschaft GDL ja einmal nachdenken. Vielleicht säße sie dann bereits wieder am Verhandlungstisch.

Liberales Unternehmen in Mitte: **Bärbel Freudenberg-Pilster** (OV GM)



Neu in Berlin-Mitte ist Rechtsanwältin Bärbel Freudenberg-Pilster. Ursprünglich aus dem niedersächsischen Oldenburg kommend, war sie seit 1991 beruflich in Magdeburg zu Hause, zunächst als Richterin am Amtsgericht tätig und später in das Justizministerium von Sachsen-Anhalt berufen. Dort übertrug man ihr die Aufgabe, die Organisation in den Gerichten und Staatsanwaltschaften zu verbessern. Nachdem es bei den Landtagswahlen im April 2002 gelungen war, die von der PDS-gestützte SPD-Regierung in Sachsen-Anhalt abzulösen, wurde Frau Freudenberg-Pilster innerhalb der neuen CDU/FDP-Regierung Staatssekretärin im Ministerium für Gesundheit und Soziales. Bei Regierungsübernahme war Sachsen-Anhalt in allen Bereichen innerhalb des Rankings der Bundesländer Schlusslicht; durch die Arbeit insbesondere der FDP-geführten Ministerien für Wirtschaft, Finanzen sowie Gesundheit und Soziales konnte die weitere Talfahrt des Landes aufgehalten werden. Leider wurde der beginnende Aufwärtstrend für die Wählerinnen und Wähler für die Landtagswahlen im Jahr 2006 zu spät sichtbar, so dass die Wählerstimmen für eine Fortsetzung der erfolgreichen CDU/FDP-Koalition nicht ausreichten. Frau Freudenberg-Pilster schlägt in Berlin eine neue berufliche Laufbahn als Rechtsanwältin ein. In Kanzleiräumen in der Nähe des Schlosses Bellevue bearbeitet sie Rechtsfälle des täglichen Lebens. Daneben ist sie natürlich weiter in der FDP aktiv. Kontakt: mail@freudenberg-pilster.de

Termine

November 2007

- 12.11 19.30h DGLI Berlin: **Diskussionsveranstaltung** – mit Michael Link MdB – zum Thema: „Was bringt uns der neue EU-Vertrag?“ im Abgeordnetenhaus (Niederkirchner Str. 5), Raum 320.
- 13.11 20.00h OV Gendarmenmarkt: **Mitgliederversammlung** – Thema: „Onlinedurchsuchungen und Datenvorratsspeicherung - der heimliche Blick des Staates im digitalen Zeitalter“ – mit Constanze Kurz – im Löwenbräu (Leipziger Str. 61)
- 14.11 19.30h OV Tiergarten: **Vorstand** im Lichtblick (Birkenstr. 33)
- 20.11 19.30h LV Berlin: **Landesausschuss**, Info unter www.fdp-berlin.de
- 23.11 16.00h FNS: **18. Berliner Kommunalpolitischer Tag** – „Berliner Verwaltungsreform zwischen Wunsch und Wirklichkeit“ – im Europasaal im Mosse-Palais (Voßstr. 22)
- 25.11 11.30h OV Tiergarten: **Politischer Brunch** (das Original) – Thema: „Terrorismus-Bekämpfung“ – mit Philipp Ehmann – im Walhalla (Krefelder Str. 6)
- 27.11 19.00h FNS: **Podiumsdiskussion** – „Gegen rechte Stammtischparolen - Zum Umgang mit rechtsextremen Parteien in den Berliner Bezirken“ – im Centre Monbijou (Oranienburger Str. 13/14)
- 29.11 19.00h FNS: **Diskussionsveranstaltung** – „Kultur: Luxus oder Nährboden?“ – im Roten Rathaus, Ferdinand Friedensburg Saal (Rathausstraße 15)
- 28.11 19.30h OV Gendarmenmarkt: **Liberaler Stammtisch** im Gaffel Haus Berlin (Taubenstr 26)

Dezember 2007

- 02.12 10.30h OV Wilhelmstadt: **Adventsbrunch** im Restaurant Die Eins (Wilhelmstr. 67A)
- 06.12 17.00h OV Gendarmenmarkt: **Besichtigung des Bundeskanzleramtes** – Treffpunkt: Eingang Willy-Brandt-Straße 1 – Anmeldung bei PS-liberta@gmx.de
- 10.12 19.39h OV Wedding: **Weihnachtsfeier** im Opatjia-Grill (Müllerstr. 70)
- 11.12 20.00h OV Gendarmenmarkt: **Weihnachtsfeier** im Oleo Pazzo (Axel-Springer-Str. 55)
- 12.12 19.30h OV Tiergarten: **Vorstand** im Lichtblick (Birkenstr. 33)
- 14.12 19.30h OV OT: **Weihnachtsfeier** im Kunsthof (Oranienburger Str. 26)

**Termine im Bezirk werden laufend aktualisiert unter www.fdp-mitte.de
Bitte senden Sie Ihre Termin-Informationen an termine@fdp-mitte.de**

Alle Veranstaltungen und Sitzungen sind, soweit hier genannt, öffentlich

Analog der erfolgreichen Klage gegen den großen Lauschangriff können auch Sie sich noch einer – kostenfreien – Sammelklage vor dem Bundesverfassungsgericht gegen die Vorratsdatenspeicherung anschließen. Registrierungen und Vollmachten werden allerdings nur noch bis zum 19.11.2007 (Datum des Poststempels) angenommen (www.Vorratsdatenspeicherung.de).

Liberal Central erscheint monatlich außer August. Redaktionsschluss ist der erste Tag jedes Monats. LC wird um den fünften Tag des Monats als Datei auf der Webseite www.liberal-central.de eingestellt und als e-mail versendet. Print-Ausgaben werden um den zehnten Tag des Monats verschickt.

Weitere Hinweise, alle früheren Ausgaben und mehr finden Sie unter www.liberal-central.de.

Den Chefredakteur und alle OV-Redakteure erreichen Sie unter redaktion@liberal-central.de.